

Sofortinformation über die Beratung des Bundesausschusses der Partei Die Linke am 23./24. März 2024

Der Bundesausschuss kam am 23. und 24. März 2024 zu seiner ersten und somit konstituierenden Beratung in Berlin zusammen.

Sie begann mit der Beschlussfassung über die Geschäftsordnung und den Sitzungsplan für das Kalenderjahr 2024 sowie mit der Kenntnisnahme des Beschlusses des vorherigen Bundesausschusses zur Arbeitsweise des Gremiums.

Im Anschluss wählte der Bundesausschuss an seinem ersten Beratungstag ein neues sechsköpfiges Präsidium. In dieses wurden Gunhild Böth aus Nordrhein-Westfalen, Mandy Eißing aus Thüringen, Conny Swillus-Knöchel von der BAG LISA, Martin Günther aus Brandenburg, Lars Hilbig vom Forum Demokratischer Sozialismus und Hermann Schaus aus Hessen gewählt. Der Bundesausschuss verabschiedete das ehemalige Präsidiumsmitglied Alexander Kauz aus Baden-Württemberg und dankte ihm für seine Arbeit von Herzen.

Am Nachmittag des ersten Beratungstags beschäftigte sich der neue Bundesausschuss mit seinem ersten großen Schwerpunktthema: der Strategie gegen die Rechtsentwicklung in Deutschland. Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte er die externe Referentin Dr. Aylene Heller vom Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. Sie eröffnete mit der Präsentation der Leipziger Mitte-Studien über autoritäre Dynamiken und Aggressionen in Deutschland. Im Anschluss berichteten die beiden stellvertretenden Parteivorsitzenden Ates Gürpınar und Lorenz Gösta Beutin für den Parteivorstand. Auch dieser beschäftigt sich mit der Rechtsentwicklung in Deutschland und hat zum Kampf gegen rechts, vor allem nach dem Treffen Rechtsextremer in Potsdam, diverse Beschlüsse verabschiedet. Für die Gruppe der Linken im Bundestag berichtete MdB Dr. Gesine Löttsch. Auch sie formuliert: "Nazis raus aus den Köpfen war nie aktueller!". Einen Einblick bezüglich der Rechtsentwicklung auf europäischer Ebene verschaffte dem Bundesausschuss Claudia Haydt aus dem Vorstand der Europäischen Linken. Ebenso ist Rechtsentwicklung auch ein Thema an den Hochschulen, erklärte Paul Saube vom Studierendenverband SDS. Der Jugendverband Linksjugend Solid, das Bundesausschusspräsidium und die Gruppe im Europäischen Parlament hatten ihre Beiträge vorab schriftlich eingereicht. Der Ältestenrat war leider nicht vertreten.

Im Anschluss an die einleitenden Referate und Inputs tauschten sich die Mitglieder des Bundesausschusses in fünf Arbeitsgruppen zu ihren eigenen Erfahrungen bezüglich des Rechtsrucks in ihren Landesverbänden und/oder im Zusammenhang ihrer Tätigkeiten in Zusammenschlüssen aus und entwickelten erste Fragen, die wir uns als Linke stellen müssen, und Strategien, wie wir dem entgegenwirken könnten und sollten. Die Ergebnisse der Gruppen wurden anschließend im Plenum vorgestellt und diskutiert. Im Anschluss an die Diskussion erfolgte eine einstimmige Beschlussfassung »Offensiv gegen AfD und gesellschaftlichen Rechtsruck!«; die Vorlage hierzu wurde anhand eines überwiesenen Antrags des Parteitages in Augsburg von den Ursprungsantragstellenden und Änderungsantragsstellenden erarbeitet.

An seinem zweiten Beratungstag legte der Bundesausschuss die Schwerpunktsetzung auf die bevorstehenden bzw. bereits laufenden Wahlkämpfe. Ates Gürpınar, dieses Mal in seiner Funktion als kommissarischer Bundesgeschäftsführer und Bundeswahlkampfleiter präsentierte die Europawahlkampagne und -strategie und teilte die aktuellen Arbeitsstände mit.

Im Anschluss berichteten Mandy Eißing und Torge Dermitzel für den Landesverband Thüringen, Lars Kleba für den Landesverband Sachsen und Stefan Wollenberg für Brandenburg über die Vorbereitungen der Landtagswahlen in den drei Bundesländern

Im weiteren Verlauf der Beratung beschloss der Bundesausschuss den Finanzplan für das Kalenderjahr 2024 und diskutierte über die programmatische Weiterentwicklung sowie Strategieprozesse der Partei. Den BA-Sitz in der Parteistrukturereformkommission soll das Präsidium wahrnehmen, das sich bereits intern auf Hermann Schaus einigte. Außerdem entschied der BA einstimmig, die AG Die Linke hilft als bundesweite Arbeitsgemeinschaft anzuerkennen. «. Beim letzten beschlossenen Antrag, welcher als Dringlichkeitsantrag vorgelegt wurde, »Mehr Glaubwürdigkeit und Basisnähe für Die Linke“ geht es im Kern um die Idee zur Einrichtung eines Sozialfonds bei der Linken.

Die nächste Beratung findet am 22. Juni statt.

26. März 2024

Präsidium des Bundesausschusses:

Gunhild Böth, NRW

Mandy Eißing, Thüringen

Cornelia Swillus-Knöchel, BAG LISA

Martin Günther, Brandenburg

Lars Hilbig, Forum Demokratischer Sozialismus

Hermann Schaus, Hessen